FSG
Sozialdemokratische GewerkschafterInnen in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 6

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 169. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 26. November 2020

1 % VOM BRUTTOINLANDSPRODUKT FÜR KINDERBILDUNG

Die Kinderbildung und -betreuung ist nicht der Schlüssel zur Lösung eines bestimmten Problems, sie ist ein ganzer Schlüsselbund. Egal, ob Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichstellung von Frauen und Männern oder die Chancengerechtigkeit für Kinder – bei all diesen wichtigen Zielen spielen Kindergärten eine zentrale Rolle.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher:

- **Eine Anhebung der Ausgaben für Kinderbildung auf den europäischen Schnitt von 1 % des Bruttoinlandsproduktes. Das bedeutet über eine Milliarde Euro jährlich mehr, die für eine Verbesserung der Kinderbildung zur Verfügung stehen. Zwei Drittel dieser Investitionen würden umgehend über Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand zurückfließen.**
- **Der Finanzminister muss dafür sorgen, dass diese Mittel zur Verfügung gestellt werden und mit den Ländern in entsprechende Verhandlungen treten.**
- **Dabei muss eine Verknüpfung der Mittel mit der Leistungserbringung unter Einhaltung von Qualitätskriterien geschaffen werden. In einem ersten Schritt sollen Gemeinden künftig fixe Zuschüsse für jedes betreute Kind erhalten. Diese Zuschüsse sollen nach Alter und Förderbedarfen der Kinder in Anlehnung an das Chancen-Index-Modell gestaffelt werden. Die Öffnungszeiten sollen ebenfalls berücksichtigt werden.**
- **Für Eltern dürfen Kosten für Kinderbildung keine Barriere für die Inanspruchnahme darstellen. Ziel muss es daher sein, die Kinderbetreuung als Bildungseinrichtung in ganz Österreich kostenfrei zu stellen.**

Ein Blick auf die aktuelle Situation zeigt hier deutlich Handlungsbedarf. Während Wien in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle spielt, gibt es in den anderen Bundesländern zum Teil große Mängel. Wien bietet das beste Angebot mit den umfassendsten Öffnungszeiten und hat neben dem Burgenland als einziges Bundesland die Beitragsfreiheit ganztägig für 0-6-Jährige eingeführt. Österreichweit ist es notwendig, die Zahl der angebotenen Plätze, die Öffnungszeiten und die Leistbarkeit zu verbessern. Wichtig wären auch bundesweite hohe Standards für die pädagogische Qualität festzulegen.

Dafür braucht es entsprechende Investitionen: Während EU-Staaten in Kindergärten im Schnitt 1 % ihrer Wirtschaftsleistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – investieren, ist es in Österreich um ein Drittel weniger, nämlich 0,69 % (Quelle: OECD). Österreich muss hier auf den europäischen Schnitt aufschließen, damit unsere Kinder nicht dauerhaft abgehängt werden. Das bedeutet über eine Milliarde Euro jedes Jahr zusätzlich für die Kinderbildung. Damit könnten folgende Probleme behoben werden:

Zu wenig Plätze – vor allem für die Kleinen
Erfreulicherweise wurden Kleinkindgruppen (Krippen) und Kindergärten in den letzten Jahren laufend ausgebaut. Seit 2010 gibt in Österreich um 50.000 Plätze mehr für Kinder unter sechs Jahren. Es ist aber auch die Zahl der Kinder unter sechs Jahren gestiegen und das Angebot ist je nach Bundesland und Gemeinde sehr unterschiedlich.

Wien ist bei den Unter-3-Jährigen mit einer Betreuungsquote von 46 % einsame Spitze. Sonst erreicht nur das Burgenland das EU-Ziel von zumindest 33 % Betreuungsquote. Alle anderen Bundesländer liegen – auch unter Einrechnung der Tageseltern – deutlich darunter.

Öffnungszeiten nicht mit Erwerbstätigkeit vereinbar
Auch bei den Öffnungszeiten gibt es nach wie vor Probleme: Nur in Wien ist die ganztägige und ganzjährige Öffnung der Kinderbildungseinrichtungen Standard. Österreichweit sind nur 29 % der Krippen- oder Kindergärtenplätze mit einer Vollzeitarbeit der Eltern vereinbar.

Kindergärten, die schon am frühen Nachmittag zusperren und die langen Schließzeiten während der Ferien sind eine große Belastung für Familien, wie auch die Umfrage von ÖGB und AK unter Eltern gezeigt hat. Dort geben mehr als ein Drittel an, sehr oder eher unzufrieden mit der Zahl der Schließtage zu sein.

Qualitätsstandards sind wichtig – auf hohem Niveau
Die Bundesregierung plant die Einführung österreichweiter Qualitätsstandards in Form einer Bund-Länder-Vereinbarung. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, denn der AK ist es ein großes Anliegen, dass eine hohe pädagogische Qualität für alle Kinder und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in ganz Österreich sichergestellt werden. Fehlt die entsprechende Finanzierung, droht aber eine Festschreibung von Standards auf niedrigem Niveau. Nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln können beste pädagogische Qualitätsstandards sichergestellt werden.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☒	Mehrstimmig ☐